

# PROTOKOLL DES ZU WIEN AM 20. SEPTEMBER 1914 ABGEHALTENEN MINISTERRATES FÜR GEMEINSAME ANGELEGENHEITEN UNTER DEM VORSITZE DES K.U.K. MINISTERS DES KAISERLICHEN UND KÖNIGLICHEN HAUSES UND DES ÄUßERN GRAFEN BERCHTOLD.

Gegenwärtige: Der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Dr. Ritter von Biliński, der k. u. k. Kriegsminister FZM. Ritter von Krobatin, der kgl. ung. Minister am Allerhöchsten Hoflager Freiherr von Burián.

Schriftführer: Legationsrat Graf Hoyos.

Gegenstand: Die politische und militärische Situation.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erteilt den Anwesenden Aufklärungen über die politische Lage, indem er an die letzten Besprechungen der gemeinsamen Minister anknüpft. Die wichtigste Frage sei die rumänische. Unsere jetzige militärische Situation bilde die Ursache, dass die politische Lage sich in den letzten Tagen verschlechtert hat. Die Erregung in Bukarest sei gestiegen und könne dort leicht eine Explosion der öffentlichen Meinung die schwache Regierung dazu bringen, gegen uns zu gehen. Die deutsche Regierung habe sich in den letzten Tagen bemüht, die Situation zu verbessern. Zu diesem Ende sei der bisherige deutsche Gesandte Waldhausen, welcher nicht entsprach, durch Freiherrn von dem Bussche ersetzt worden, der als einer der fähigsten deutschen Diplomaten gelte. Deutschland wolle vermittelnd eingreifen und festzustellen trachten, was Rumänien für eine aktive Kooperation mit uns verlangen würde. Wir wollen zuerst die rumänischen Ansprüche kennen, bevor wir dazu Stellung nehmen und müssten es vermeiden, unsererseits ein Angebot zu machen, das den Rumänen die Gelegenheit geben würde, uns hinaufzulizitieren. Der Vorsitzende erwähnt, dass er Herrn von dem Bussche, der ihn auf der Reise nach Bukarest aufgesucht habe, in diesem Sinne orientiert und einen sehr günstigen Eindruck von der Intelligenz und dem Auftreten des neuen deutschen Gesandten erhalten habe.

Graf Berchtold glaubt nicht, dass Rumänien jetzt überhaupt dazu zu bewegen wäre, sich uns anzuschliessen und gegen Russland loszuschlagen, dies auch nicht um den Preis von weitgehenden Konzessionen.

Herr von dem Bussche habe unterdessen mit Bratiano gesprochen und ihm erklärt, Deutschland stehe in allem und jedem hinter uns. Bratiano, auf den diese Erklärung angeblich grossen Eindruck gemacht hat, soll geantwortet haben, er werde einer Aktion gegen Österreich-Ungarn niemals zustimmen, für seinen Nachfolger könne er aber nicht gutstehen. Über die Bedingungen, welche Rumänien für seine aktive Kooperation stellen würde, habe der deutsche Gesandte mit dem rumänischen Ministerpräsidenten nicht gesprochen, er wollte diesfalls vorerst bloss an König Karl herantreten.

Angesichts der militärischen Lage lege Deutschland grosses Gewicht auf die Gewinnung Rumäniens, selbst um den Preis grosser Opfer. Botschafter Prinz Hohenlohe, der sich kürzlich, einem an ihn ergangenen Auftrage entsprechend, mit dem Feldmarschalleutnant Marterer in das deutsche Hauptquartier begeben hatte, um die derzeitige Situation auf dem Kriegsschauplatze und die im weiteren Verlaufe des Krieges zu beobachtende politische Haltung zu besprechen, habe berichtet, er sei im Hauptquartier von allen

massgebenden Faktoren darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Lage am französischen, wie am russischen Kriegsschauplatze eine sehr ernste sei und dass es von allergrösster Wichtigkeit wäre, Rumänien auf unsere Seite zu bekommen. Seine Majestät der deutsche Kaiser habe sich der Sache angenommen, die weitgehendsten Konzessionen angeraten und endlich auch dafür plädiert, dass man einen Einmarsch Rumäniens in Siebenbürgen nicht als Kriegserklärung auffassen dürfe, sondern vielmehr den Rumänen die Möglichkeit bieten sollte, den Schein der Bundestreue zu wahren und zu erklären, dass sie nur, um Siebenbürgen vor Russland zu schützen, eingerückt seien.

Der deutsche Botschafter habe den Vorsitzenden auch soeben im Auftrage des Reichskanzlers aufgesucht, um ihn zu ersuchen, Österreich-Ungarn möge den Rumänen konkrete Anerbieten machen. Er habe Herrn von Tschirschky daran erinnert, dass man beschlossen habe, durch den neuen deutschen Gesandten in Bukarest feststellen zu lassen, was die Rumänen fordern, Herr von dem Bussche habe noch nicht geantwortet; da gehe es doch nicht an, den Rumänen unsererseits Anerbieten zu machen. Leider werde deutscherseits noch immer übersehen, dass Rumänien jetzt überhaupt nicht gegen Russland losschlagen werde. Selbst wenn wir der rumänischen Regierung Siebenbürgen anbieten würden, würde sie es wohl besetzen lassen, aber auch dann nicht gegen Russland Front machen. Die Rumänen gehen mit ihren Forderungen immer mehr hinauf, ohne eine Gegenleistung anzubieten, daher wären Konzessionen unter den gegebenen Verhältnissen ganz wertlos. Ein wirksameres Mittel, Rumänien vor einer Abenteuerer-Politik zurückzuhalten, wäre die in Bukarest vorherrschende Besorgnis, dass Bulgarien Rumänien in den Rücken fallen würde. Es wäre sehr zweckmässig, wenn die Bulgaren in offiziöser Weise erklären würden, dass sie in die Dobrutscha einrücken würden, falls Rumänien sich gegen die beiden verbündeten Kaisermächte wende. Er habe der bulgarischen Regierung nahelegen lassen, eine solche Erklärung abzugeben, und man scheine in Sofia nicht abgeneigt, dies zu tun. Die Rumänen hätten den Bulgaren für ihre Neutralität während eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien, die Dobrutschagrenze vor dem Ausbruche des Balkankrieges angeboten, die Bulgaren scheinen jedoch für diesen Fall die ganze Dobrutscha für sich verlangen zu wollen.

Die rumänische Frage und unsere Stellungnahme gegen die rumänischen Aspirationen stehe in enger Relation mit unserem Verhältnisse zu Italien, was nicht aus den Augen verloren werden dürfe.

Momentan schein trotz der Feier des 20. Septembers die Situation daselbst nicht alarmierend. Unser Botschafter in Rom messe den Strassendemonstrationen, welche in Rom und anderen Städten Italiens stattfanden, keine allzu grosse Bedeutung bei und ist der Ansicht, dass die italienische Regierung die Neutralität nach wie vor zu halten entschlossen sei. Dies würde für die Regierung aber sehr schwer werden, wenn Rumänien eingreift oder wenn unsere und insbesondere die Lage des deutschen Heeres in Frankreich sich verschlechtert.

Was die Türkei anbelange, so besässen wir an ihr einen überzeugten Verbündeten, da sich die führenden Männer in Konstantinopel der Überzeugung nicht entschlagen, dass ein Sieg Russlands für die Türkei verhängnisvoll werden müsse. Man habe auch in Konstantinopel bis vor kurzem sehr grosse Bereitwilligkeit gezeigt, eine Aktion zu beginnen; in den letzten Tagen sei allerdings ein gewisser Stillstand zu merken gewesen, welcher auf die Kapitulationsfrage zurückzuführen sei, da man hoffe, dass die Ententemächte, um die türkische Neutralität zu erhalten, der Aufhebung der Kapitulationen zustimmen werden. Dies würde auch wahrscheinlich insoferne geschehen, als die

Ententemächte bereit zu sein scheinen, in wirtschaftlicher Beziehung auf ihre Kapitulationsrechte zu verzichten, es sei dies dasselbe, wozu wir uns in prinzipieller Hinsicht schon im Jahre 1909 bereit erklärt hätten, ebenso wie Italien im Frieden von Lausanne.

In Griechenland habe die Lage insofern eine Verschlechterung erfahren, als der uns freundlich gesinnte Minister des Äussern Dr. Streit demissioniert hätte und Venizelos, der für die Ententemächte sympathisiere, das Ministerium des Äussern übernommen habe. Unser Gesandter habe eine längere Aussprache mit Herrn Venizelos gehabt, in deren Verlaufe letzterer versicherte, dass Griechenland an seiner Neutralität festhalten werde, die Gefahr, dass die Furcht vor England und die Sympathien für unsere Gegner die Oberhand gewinnen, sei aber gewachsen und es spreche schon jetzt Anzeichen dafür, dass eine Kriegspolitik in Mazedonien beabsichtigt sei.

Zum Schlusse seiner Ausführungen verliest der Vorsitzende die letzten militärischen Situationsberichte und erklärt auf eine Anfrage des k. k. Ministerpräsidenten über die Nachrichten von der beabsichtigten Landung Riciotti Garibaldi's mit italienischen Freischaren in Dalmatien, dass zwar hierüber nichtamtliche Meldungen vorliegen, dass aber die italienische Regierung erklärt habe, sie werde alles tun, um eine solche Landung zu verhindern.

Der kgl. ung. Ministerpräsident verweist darauf, dass der Schwerpunkt der Situation jetzt in Rumänien liege. Die Antwort, welche der Minister des Äussern der deutschen Regierung auf ihre drängenden Demarchen erteilt habe, sei eine vorzügliche. Es wäre für uns geradezu schädlich, ein Angebot zu machen, es würde dies geradezu einer Lizitation ohne Käufer führen und wäre ein solches Zeichen von Schwäche unsererseits, dass Rumänien erst recht die Lust verlieren würde, mit uns zu gehen. Entscheidend für die rumänischen Entschlüsse werde nur die Frage sein, welchen Teil man für den Stärkeren halte. Der neue deutsche Gesandte Herr von dem Bussche hat auch auf den Grafen Tisza einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Man müsste jetzt abwarten, was die Rumänen verlangen würden und könnte dann erst sehen, inwiefern man ihren Forderungen entsprechen könne. Was die Frage von Konzessionen an die ungarländischen Rumänen anbelangt, sei er geneigt, grosses Entgegenkommen zu zeigen. Er wolle der rumänischen Regierung, sobald die Frage weiter gediehen sei, vorschlagen, einen Vertrauensmann des Königs und der Regierung nach Budapest zu senden, mit dem er diese Fragen besprechen würde. Dies wäre seiner Ansicht nach die einzige Methode, um zu einem Resultate zu gelangen. Auch unser Gesandter in Bukarest beherrsche die ganze Materie nicht genügend, um auf jedes kleine Detail antworten zu können. Graf Tisza hat nunmehr eine Denkschrift über die rumänische Frage ausgearbeitet, welche er dem Grafen Czernin und auch der deutschen Regierung zukommen lassen möchte. Die Hauptsache wäre, den Rumänen klar zu machen, dass es eine siebenbürgische Frage in Ungarn nicht gebe. Nur die Hälfte der ungarländischen Rumänen lebt in Siebenbürgen, die andere Hälfte in den angrenzenden ungarischen Comitaten. Andererseits seien in Siebenbürgen 45 % der Bevölkerung und zwar der in kultureller Beziehung weitaus höchststehende Teil magyarischer und deutscher Abstammung. Eine rumänische Autonomie würde daselbst der Keim für weitere Komplikationen sein. Die Rumänen wüssten das ganz genau und gehen mala fide vor, weil sie die Sezession Siebenbürgens von der Monarchie vorbereiten wollen. Was der Verlust von Siebenbürgen für die ganze Monarchie bedeuten würde, davon wolle er gar nicht sprechen. Es gebe allerdings eine rumänische Frage in Ungarn und er wäre auch bereit, jetzt angesichts des Ernstes der Lage den ungarländischen Rumänen in kirchlichen und Schulangelegenheiten grössere Konzessionen zu machen, als bisher in seinen

Absichten gelegen war, wenn das Königreich Rumänien sich entschliesse, ganz mit uns zu gehen und diesbezüglich bindende Zusicherungen mache. Diese Konzessionen in Kirchen- und Schulangelegenheiten müssten sich auf alle nicht magyarischen ungarischen Staatsangehörigen beziehen, bei der Durchführung könnte man dann allenfalls die Rumänen bevorzugen.

Was die sehr eigentümliche Idee betreffe, man solle die Rumänen nach Siebenbürgen hineinlassen, damit sie die Russen hinauswerfen, so hiesse dies den Bock zum Gärtner machen und sei nichts anderes als ein gelungener Trick der Rumänen, welche ihrer Gewohnheit entsprechend, jedes Blutvergiessen vermeiden möchten, wenn sie Siebenbürgen erobern. Ein Eingehen auf diese Zumutung hätte, abgesehen von allen anderen bösen Folgen, auch noch den Nachteil, dass die anscheinend noch vorhandenen Gewissensbisse und Skrupeln König Karls durch unser Einverständnis sogleich verschwinden dürften und er sich auf diese Weise in eine Abenteuerpolitik hineinziehen lassen würde. Wenn die rumänischen Truppen sich einmal in Siebenbürgen zeigen, so werde die rumänische Bevölkerung, welche den russischen Soldaten gewiss nicht freundlich entgegenkommen werde, nicht mehr zu halten sein und ein fait accompli schaffen, das nicht mehr rückgängig zu machen wäre.

Der k. k. Ministerpräsident erklärt, er hätte vielleicht Zweifel gehabt, ob die deutschen Zumutungen bezüglich der Rumänien zu gewährenden Konzessionen nicht beachtet werden sollten, wenn unsere militärische Situation eine günstigere wäre. Man könnte in diesem Falle die Ansicht vertreten, dass die Aktion des neuen deutschen Gesandten in Bukarest erfolgreich sein und Rumänien zum Losschlagen mit uns bewegen werden könnte, wenn unsere Truppen im Vormarsch begriffen wären und wir dann noch die Rumänen durch Konzessionen gleichsam mitreissen könnten; bei der jetzigen Situation unserer Armee wäre aber jede Konzession nutzlos, dass Nachwerfen von Angeboten an die Rumänen, wie es uns jetzt von den Deutschen angeraten werde, würde in Bukarest nur als Beweis unserer Schwäche angesehen werden. Wir dürfen uns durch den deutschen Kaiser nicht drängen und uns Konzessionen herauslocken lassen, die sich nachträglich als wertlos erweisen würden.

Was die Zumutung betreffe, dass man den Rumänen erlauben solle, Siebenbürgen zu besetzen, so sei dies das Unmöglichste, was er je gehört habe. Die Abtretung des Trentino, welche er als österreichischer Ministerpräsident immer entschieden und kategorisch abgelehnt habe, wäre gar nichts gegenüber dem uns jetzt anempfohlenen Handel; eine solche Transaktion würde der moralischen Eroberung Siebenbürgens durch Rumänien gleichkommen. Es sei viel besser die Russen nach Transsylvanien einmarschieren zu lassen.

Der k.u.k. gemeinsame Finanzminister stimmt diesen Ausführungen zu. Er betont, dass er die grösste Bewunderung für die Tüchtigkeit des deutschen Heeres hege sowie auch volles Vertrauen in die Bundestreue der deutschen Regierung, er müsse aber gestehen, dass er geradezu entsetzt sei über die uns deutscherseits zukommenden Vorschläge. Man müsse sich auch fragen, ob die Dispositionen der deutschen Truppenführer in Ostpreussen nicht auch zum Teile an unseren Misserfolgen Schuld seien. Als Laie könnte man nicht begreifen, welchen Zweck der Vorstoss der Armee Dankl gegen Norden haben könnte, wenn man nicht eine entsprechende Offensivbewegung der ostpreussischen Armee gegen Süden erwartet hatte. Trotzdem müssen wir natürlich ruhig weiterkämpfen und Deutschland den Rücken decken, bis es weitere Kräfte in Frankreich entbehren könne. Er höre jetzt, dass deutsche Hilfstruppen für Galizien bestimmt seien; dies würde jedenfalls

viel erfolgreicher auch gegenüber Rumänien wirken, als wenn wir Gebietsabtretungen vornehmen. Durch solche Zumutungen, wie sie jetzt von Deutschland gemacht werden, würde man nur am Freunde irre. Es wäre seiner Ansicht sehr erwünscht, dass die Tatsache, dass deutsche Truppen unsere Armee jetzt verstärken, so bald als möglich öffentlich bekanntgegeben werde, natürlich erst wenn die deutschen Hilfskorps an Ort und Stelle seien.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass Deutschland in einer Zwangslage sei, es könne derzeit keine Truppen aus Frankreich herausnehmen. Man müsse jetzt Geduld haben und ausharren, bis die Lage in Frankreich eine bessere geworden sei.

Der k. k. Ministerpräsident ist der Ansicht, dass wenn wir auch die deutschen Ratschläge betreffend Rumänien nicht befolgen könnten, man sich doch in psychologischer Hinsicht erklären könne, dass Deutschland, welches in Frankreich vor einer sehr schweren Aufgabe stehe, den Wunsch habe, unsere Situation in Galizien durch die rumänische Unterstützung zu bessern und uns daher rate, Ballast auszuwerfen. Wenn wir diese Stellungnahme unseres Verbündeten auch in mancher Hinsicht begreiflich finden, so entbinde uns dies nicht von der Pflicht, auf die deutsche Nervosität nicht zu achten und mit Ruhe jene Politik fortzusetzen, welche unseren Interessen am besten entspricht.

Graf Tisza stimmt hiemit vollkommen überein und warnt davor, dass wir gegen Deutschland jetzt Rekrimationen erheben sollten. Sowohl unsere als auch die deutsche Heeresverwaltung habe die russischen Streitkräfte sehr unterschätzt. Russland sei eben viel stärker, als man gedacht habe und diese Tatsache müsse man eben jetzt berücksichtigen. Die deutsche Armee habe sowohl in Frankreich als auch in Russland zu kämpfen. Jetzt käme sie uns auch in Galizien zu Hilfe und wir würden dann hoffentlich in der Lage sein, die Russen zu schlagen. Der kgl. ung. Ministerpräsident führt sodann aus, dass er das vollste Vertrauen in unsere Heeresleitung habe, welche bis auf den ersten Ehec in Serbien, der vielleicht hätte vermieden werden können, grosses geleistet habe, indem sie die russische Macht durch mehrere Wochen in Galizien aufhielt und so die Monarchie schützte und der deutschen Armee den Rücken deckte.

Was Rumänien anbelange, müsse man zwei Atouts, die wir in der Hand haben, nicht vergessen; das eine sei die anständige Gesinnung des Königs und das zweite die Angst der Rumänen vor einem ernsteren Kriege. Sie möchten Bukovina und Siebenbürgen ohne Blutvergiessen nehmen können, wogegen wir alles Interesse daran haben, ihnen dies unsererseits unmöglich zu machen und sie ausserdem auch durch Bulgarien und die Türkei im Zaume zu halten. Die Türkei würde jetzt einsehen müssen, dass ein Sieg Russlands ihr Ende wäre und dass sie um ihre Existenz kämpfen müsse. Für uns sei es sehr günstig, dass die türkische Hauptmacht sich in Thrazien befinde und daher auch gegen Rumänien ausgespielt werden könne.

Der k.u.k. Kriegsminister erklärt sich mit den Ausführungen seiner Vorredner ganz einverstanden und hat denselben nichts beizufügen. Ebenso wenig wie wir das Trentino an Italien abgetreten hätten, dürften wir an eine Gebietsabtretung zugunsten Rumäniens denken. Rumänien könne kaum mehr als 2 Korps gegen uns einsetzen, da es alle seine anderen Truppen zum Schutze der Dobrutscha verwenden müsste. Die 2 Korps würden wir, eben so bedauerlich es auch sei, auf uns nehmen müssen. Die Hauptsache sei, dass Bulgarien die rumänische Grenze bedrohe. Es sei nicht richtig, dass die k.u.k. Kriegsverwaltung die russische Wehrmacht unterschätzt habe, allerdings habe man nicht erwartet, dass diese so rasch mobilisiert sein werde. Tatsächlich seien alle russischen

Reservedivisionen schon Ende August mobilisiert gewesen, was darauf hindeute, dass Russland schon seit Anfang Juli die Mobilisierung eingeleitet und sich systematisch auf den Krieg vorbereitet hat.

Hiemit wird die Beratung über die rumänische Frage geschlossen, wobei festgestellt wird, dass die von dem Vorsitzenden gegenüber Rumänien beobachtete Politik die Billigung aller Minister gefunden hat.

Der k. k. Ministerpräsident ergreift hierauf das Wort, um über die im Zuge befindliche Aktion General Potioreks in Bosnien zu sprechen. Graf Stürgkh betont, dass es für die Regierung sehr schwer möglich sei, ihre Politik und die daraus resultierenden Vorkehrungen der militärischen Lage anzupassen.

Er könne nur konstatieren, dass keiner der verantwortungsvollen Berater der Krone in der Monarchie über die militärische Lage entsprechende Informationen erhalte. Bisher sei sogar immer gerade das Gegenteil auf dem Kriegsschauplatze geschehen, als im gemeinsamen Ministerrate besprochen worden war. Dies gelte insbesondere in Serbien, wo man nunmehr wieder zur Offensive übergegangen sei, obwohl stärkere serbische Truppen auf Sarajevo im Anzuge seien.

Es wird hierauf die militärische Lage in Serbien und Bosnien vom Vorsitzenden auf Grund der ihm von der Militärkanzlei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zugekommenen Nachrichten und vom k. u. k. Kriegsminister eingehend erläutert.

Nachdem alle Anwesenden diese Erklärungen zur Kenntnis genommen haben, hebt der Vorsitzende die Sitzung auf.

[Quelle: Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914-1918) (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II, Quellenpublikationen 10.), Budapest 1966, S.178-184.]